

Gesundheit für alle – Weltgesundheitstag am m 07.04.2021: Profitorientierung oder Gemeinwohlorientierung?

Wir haben alle ein Recht auf Gesundheit, das ist auch die Botschaft der Weltgesundheitsorganisation am heutigen Weltgesundheitstag! Das Gesundheitswesen sollte in Deutschland eine möglichst gute und umfassende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land sicherstellen. Doch seit den neunziger Jahren ist eine negative Entwicklung in Gang gekommen, die gerade auch in der Coronapandemie in vielen Bereiche der Gesundheitsversorgung die Notlage zugespitzt hat.

Jetzt online unterschreiben! <https://www.gemeingut.org/krankenhausschliessungen-stoppen>

Krankenhäuser – Privatisierungen für den Profit

Jedes zehnte Krankenhaus steht kurz vor der Insolvenz, warnt der Bundesrechnungshof. Vier von zehn Krankenhäusern schreiben rote Zahlen. Sehr viele Krankenhäuser sind krank bzw. sollen geschlossen werden. In Hessen sorgt die geplante Verlegung des Herz-Kreislaufzentrums in Rotenburg für massive Proteste. Allein 2020 wurden bundesweit über 20 Kliniken dicht gemacht. Außerdem wurden in den letzten Jahren immer mehr Krankenhäuser privatisiert, sogar Uni-Kliniken werden verkauft. Investoren und Aktiengesellschaften entdecken den Gesundheitssektor als lukrativen Markt: sie machen ihre Krankenhäuser profitabel indem sie mit weniger Personal, das auch schlechter bezahlt wird, vor Allem die lukrativen Fälle behandeln. Dafür nutzen sie die so genannten Fallpauschalen die ihnen z. B. für die vielen Hüft- und Knie-OPs eine satte Vergütung sichern. Finanziell nicht lukrative Patient*innen werden oft abgewiesen und die privaten Krankenhäuser übernehmen keinen Sicherstellungsauftrag wie die kommunalen Häuser. Von wem bekommen die privaten Konzerne ihr Geld? Von uns Beitragszahlern der Krankenversicherung! Nach letzten Umfragen droht eine Exodus des Krankenpflegpersonals aus ihrem Beruf, insbesondere wegen der schlechten Arbeitsbedingungen während der Corona-Pandemie. Deshalb fordern wir:

- die Abschaffung der Fallpauschalen,
- mindestens zusätzliche 50.000 Pflegekräfte und eine angemessene Bezahlung,
- kein Abbau von Krankenhausbetten,
- mehr Krankenhäuser auf dem Land und keine weitere Privatisierungen.

Altenpflege – Caritas und Diakonie verhindern Tarifvertrag!

Besonders schlimm ist die Entwicklung im Altenpflegebereich. Über 50 % der Altenheime werden zwischenzeitlich privat betrieben, große Konzerne und Investoren haben sich mit Milliardenbeträgen in den Altenpflegemarkt eingekauft. Die privaten Heime zahlen nicht nach Tarifvertrag und stellen oft nicht ausreichend examiniertes Personal zur Verfügung. Exemplarisch sind hier in Darmstadt die Auseinandersetzungen im Wohnpark Kranichstein mit der Gewerkschaft ver.di. Die schlechten Arbeits- und Vergütungsbedingungen im privaten Bereich, die den Trägern niedrigere Pflegesätze ermöglichen, drücken immer mehr auf die gesamte Branche und treffen besonders Frauen in diesen Berufen.

Und die kirchlichen Einrichtungen in der Altenpflege? Es ist ein Trauerspiel und ein Skandal. Auf Bundesebene hat sich ver.di mit einer Reihe Arbeitgebern auf einen Tarifvertrag geeinigt. Dieser Tarifvertrag sollte allgemeinverbindlich erklärt werden. Dazu war die Zustimmung der Caritas und der Diakonie notwendig – doch diese lehnten den Tarifvertrag ab! Sie sahen ihre kirchliche Sonderstellung gefährdet und wollten auf keinen Fall Tarifverträge. Kommentar der Beschäftigten: „Nach dem Klatschen kommt die Klatsche!“ Wir fordern:

- Faire Löhne in der Altenpflege und für Sorgearbeit – mit Tarifvertrag.
- Rückführung der Altenheime in kommunale Trägerschaft.

Überall in der Welt: Patente töten - Impfstoffe gehören allen!

Der Patentschutz für Covid-Impfstoffe muss freigegeben werden, um eine kostengünstige weltweite Produktion zu ermöglichen. An erster Stelle muss der Gesundheitsschutz aller Menschen stehen. Dem Streben nach größtmöglichen Profiten muss Einhalt geboten werden.

Big Pharma kassiert

Die Pharmafirmen bezogen für Forschung und Herstellung von Impfstoffen Milliardensubventionen. Trotzdem behalten sie die volle Kontrolle für ihre Patente und treiben die Preise in Verhandlungen auch mit den Staaten, von denen sie die Subventionen erhalten haben, in die Höhe und begrenzen zugleich Weiterverkäufe an ärmere Länder. Mit ihrem Stab von Anwälten handeln sie Lieferkonditionen aus, die ihnen maximale Profite sichern und die Staaten übervorteilen. Auch die EU-Kommission schloss mit AstraZeneca extrem ungünstige Verträge mit flexiblen Lieferkonditionen ab. Schlimmer trifft es die Staaten in Lateinamerika.

Pfizers unglaubliche Verträge in Lateinamerika

Argentinien verhandelte mit Pfizer über die Lieferung von Impfdosen. Doch die Bedingungen für Argentinien waren so inakzeptabel, dass kein Vertrag zu Stande kam. Pfizer forderte Immunität für ihre Firma, d. h. einen Schutz vor Haftung für mögliche Folgen von eigener Fahrlässigkeit, verbunden mit einem Abschluss einer Versicherung in New York für mögliche Kosten von Gerichtsverfahren in der Zukunft. Seitens der Firma Pfizer wurde ein Gesetz gefordert mit Garantien mit Staatsvermögen als Pfand, was Bankreserven, Botschaftsgebäude oder Militärbasen mit einschließen soll und auch Güter wie Gletscher (für den Handel mit Süßwasser) und den Zugang zu Fischereibeständen. Der zweitgrößte Anteilseigner der Firma Pfizer ist der Investitionsfond BlackRock.

In Verhandlungen mit dem brasilianischen Gesundheitsministerium stellte der US-Konzern gleiche Forderungen wie in Argentinien. Zudem sollte die brasilianische Regierung ein mit Geld gedecktes Sicherheitskonto im Ausland für Pfizer einrichten. Doch das Ministerium lehnte diese Bedingungen ab und nannte die entsprechenden Klauseln "beleidigend".

Mit kleineren Staaten in Lateinamerika schloss Pfizer Lieferverträge ab, doch die Lieferbedingungen unterliegen nach dem Vertrag der Geheimhaltung.

In den deutschen Medien wird über diese Machenschaften der Pharmakonzerne so gut wie nichts berichtet. Um so ausführlicher wurde über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an die Biontech-Gründer Sahin und Tureci geschrieben. Deren wissenschaftliche Tätigkeit verdient hohe Anerkennung, doch die Geschäftspraktiken ihres Geschäftspartners Pfizer blieben unerwähnt.

Impfstoffe sind globale Gemeingüter!

Die Konsequenz: Patente und Verfahren zur Impfstoffproduktion müssen allen, auch armen Ländern, zur Verfügung gestellt werden.

Quellen: n-tv, DerStandard, Amerika21